

Amtsblatt

für den Landkreis Märkisch-Oderland



28. Jahrgang

Seelow, 01.07.2021

Nr. 25

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bekanntmachungen des Landkreises Märkisch-Oderland	2
Tierseuchenallgemeinverfügung zur Feststellung und Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen vom 01.07.2021	2
Mitteilung über den Verlust eines Dienstausweises	24
Impressum	25

Bekanntmachungen des Landkreises Märkisch-Oderland

Tierseuchenallgemeinverfügung zur Feststellung und Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen vom 01.07.2021

Auf Grund amtlich festgestellter Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen im Landkreis Märkisch-Oderland hat der Landrat, vertreten durch das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt, gemäß der Verordnung (EU) 2016/429, der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 sowie der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 i. V. m. § 14d Abs. 2 der Schweinepest-Verordnung – SchwPestV die Restriktionsgebiete festgelegt, die nachfolgenden Maßnahmen angeordnet und bekannt gegeben.

A. Festlegung von Restriktionsgebieten

Um die Fundstellen von ASP-infizierten Wildschweinen werden als Restriktionsgebiete eine „Sperrzone II“ (gefährdetes Gebiet) und als dessen innere Bereiche zwei „Kerngebiete“ festgelegt. Um das Kerngebiet 1 wird eine „weiße Zone“ ausgewiesen. Die festgelegte Sperrzone I (Pufferzone) grenzt die Sperrzone II (gefährdetes Gebiet) nach außen hin ab.

1. **Sperrzone II** (gefährdetes Gebiet) sind die Städte und Gemeinden mit ihren Gemarkungen und Gebieten:

Alt Tucheband;	
Bleyen-Genschmar;	
Bliesdorf;	- nur Metzdorf;
Falkenhagen (Mark);	- östlich der L37
Fichtenhöhe;	
Golzow;	
Gusow-Platkow;	
Küstriner Vorland;	
Lebus;	
Letschin;	
Lietzen	- östlich der L 37
Lindendorf	- Sachsendorf, Libbenichen, Neu Mahlisch, Dolgelin - östlich der L37
Märkische Höhe	- nur Ringenwalde;
Müncheberg	- nur Jahnsfelde, Trebnitz, Obersdorf, Münchehofe, Hermersdorf;
Neuhardenberg;	
Neutrebbin	- nur Wuschewier, Altbarnim sowie je teilweise Neutrebbin und Alttrebbin - östl. der Str. Grube, Hauptstr. und L 34 sowie Altlewin - östlich der L 34 und süd-westlich der L 33
Podelzig;	
Reitwein;	
Seelow;	
Treplin;	
Vierlinden;	
Zechin;	
Zeschdorf	- Alt Zeschdorf, Döbberin, Petershagen - östlich der L 37

2. **Kerngebiet 1** der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet) sind folgende Gemarkungen und Gebiete:

Bleyen; Buschdorf; Friedersdorf- teilweise ; Friedrichsaue; Genschmar;
 Golzow - teilweise; Gorgast; Gusow – teilweise; Küstrin-Kietz;
 Langsow - teilweise; Manschnow; Neumanschnow; Platkow - teilweise;
 Rathstock - teilweise; Reitwein – teilweise; Seelow – teilweise mit Zernikow,
 Sophienthal- teilweise; Werbig, Zechin,

Der genaue Grenzverlauf der Kernzone 1 ist der als **Anlage 1** beigefügten Karte zu entnehmen.

3. **Kerngebiet 2** der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet) sind folgende Gebiete der Stadt Lebus:

Das Kerngebiet 2 erstreckt sich im Uhrzeigersinn von Nord nach Süd folgendermaßen: Entlang der Oder, entlang der Kreisgrenze Märkisch-Oderland, entlang der B 112 (Gemarkung Wüste Kunersdorf und Gemarkung Lebus) bis Feldweg vor Gewerbegebiet in Lebus, diesem folgend bis zur „Alten Oder“, der Alten „Oder“ folgend bis zur Oder

Der genaue Grenzverlauf der Kernzone 2 ist der als **Anlage 1** beigefügten Karte, die Bestandteil dieser Tierseuchenallgemeinverfügung ist, zu entnehmen.

4. Die **„Weiße Zone“** der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet) ist ein Gebiet in einem Radius von ca. 5 Kilometern um das Kerngebiet 1. Sie ist durch einen Wildschweinabwehrzaun begrenzt. Der genaue Verlauf der „Weißen Zone“ ist der als **Anlage 1** beigefügten Karte, die Bestandteil dieser Tierseuchenallgemeinverfügung ist, zu entnehmen.

5. **Sperrzone I** (Pufferzone) sind die Städte und Gemeinden mit ihren Gemarkungen und Gebieten:

Bad Freienwalde	- nur Altgrietzen, Bralitz östlich der B 158, Hohensaaten, Hohenwutzen, Neuenhagen östlich der B 158, Schiffmühle östlich der B 158;
Bliesdorf	- nur Kunersdorf und Bliesdorf;
Buckow	
Falkenhagen	- westlich der L 37
Garzau-Garzin	
Lietzen	- westlich der L 37
Lindendorf	- Dolgelin – westlich der L 37
Märkische Höhe	- nur Reichenberg und Batzlow;
Müncheberg	- nur Müncheberg; Eggersdorf b. Müncheberg und Hoppegarten bei Müncheberg;
Neulewin	
Neutrebbin	- nur teilweise Neutrebbin und Alttrebbin je westlich der Str. Grube, Hauptstr. und L 34, teilweise Altlewin – westlich der L 34 und nord-östlich der L 33;
Oberbarnim	
Oderaue	- nur Neuranft, Neuküstrinchen, Neurüdnitz, Zäckericker Loose, Neuwustrow, Altwustrow, Altreetz, Altmädewitz, Neumädewitz;
Prötzel	- nur Harnekop, Sternebeck, teilweise Prötzel – östlich der B 168 und östlich der L 35;
Rehfelde	- nur Werder;
Reichenow-Möglin	
Strausberg	- nur Hohenstein und Ruhlsdorf;
Waldsiefersdorf	
Wriezen	- nur Haselberg, Frankenfelde, Schulzendorf, Lüdersdorf, Biesdorf, Rathsdorf, Wriezen, Jäckelsbruch, Eichwerder,

Zeschdorf Beaugard, Altwriezen;
 - nur Petershagen - westlich der L 37

Der genaue Verlauf der festgelegten Gebiete der Sperrzone I ist der als **Anlage 1** beigefügten Karte, die Bestandteil dieser Tierseuchenallgemeinverfügung ist, zu entnehmen und steht unter <https://www.maerkisch-oderland.de/afrikanische-schweinepest-restriktionszonen-afrikanische-schweinepest.html> zur Verfügung.

Die vorübergehende Errichtung von wildschweinsicheren Zäunen in den Restriktionszonen ist zu dulden.

B. Anordnungen für die Sperrzone II (gefährdetes Gebiet) per Gesetz (hierzu zählen auch die Weiße Zone und die Kerngebiete):

I.

1. An den Hauptzufahrtswegen zur Sperrzone II werden von den zuständigen Behörden an geeigneten Stellen Schilder mit der Aufschrift „Afrikanische Schweinepest bei Wildschweinen – Sperrzone II“ gut sichtbar angebracht.
2. An den Hauptzufahrtswegen zu den Kerngebieten, innerhalb der Sperrzone II, werden von den zuständigen Behörden an geeigneten Stellen Schilder mit der Aufschrift „Afrikanische Schweinepest bei Wildschweinen - Kerngebiet“ gut sichtbar angebracht.
3. **Tierhalter haben** dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (Veterinäramt) unverzüglich
 - a) die Anzahl der gehaltenen Schweine unter Angabe ihrer Nutzungsart und ihres Standortes sowie
 - b) verendete oder erkrankte, insbesondere fieberhaft erkrankte Schweine, anzuzeigen.
4. Tierhalter haben sämtliche Schweine so abzusondern, dass sie nicht mit Wildschweinen, in Berührung kommen können (Verbot von Freiland- und Auslaufhaltungen).
5. Tierhalter haben geeignete Desinfektionsmöglichkeiten an den Ein- und Ausgängen der Ställe oder sonstigen Standorte einzurichten.
6. Tierhalter haben verendete und erkrankte Schweine, bei denen der Verdacht auf Afrikanische Schweinepest nicht ausgeschlossen werden kann, unverzüglich auf Afrikanische Schweinepest untersuchen zu lassen.
7. Futter, Einstreu und sonstige Gegenstände, mit denen Schweine in Berührung kommen können, müssen für Wildschweine unzugänglich aufbewahrt werden.
8. Tierhalter haben sicherzustellen, dass Hunde das Betriebsgelände nur unter Aufsicht verlassen.
9. Auf öffentlichen oder privaten Wegen, ausgenommen auf betrieblichen Wegen, dürfen Schweine nicht getrieben werden.
10. Personen, die mit Wildschweinen in Berührung gekommen sind, haben Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen gemäß Merkblatt in **Anlage 2**, die Bestandteil dieser Tierseuchenallgemeinverfügung ist, durchzuführen.

11. Hunde und Gegenstände (auch Fahrzeuge), die bei der Jagd verwendet werden, soweit sie mit Wildschweinen oder Teilen von Wildschweinen in Berührung gekommen sind, sind durch den Halter bzw. durch den Jagdausübungsberechtigten zu reinigen und zu desinfizieren.
12. Erlegte oder verendet aufgefundene Wildschweine oder deren Teile sowie Gegenstände, mit denen Wildschweine in Berührung gekommen sein können, dürfen in einen Schweinehaltungsbetrieb nicht verbracht werden.
13. Gras, Heu und Stroh, welches der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet) gewonnen worden ist, darf nicht zur Verfütterung an oder als Einstreu oder Beschäftigungsmaterial für Schweine verwendet werden. Dies gilt nicht für Gras, Heu und Stroh, das früher als 6 Monate vor der Festlegung der Sperrzone II gewonnen worden ist, vor der Verwendung mindestens für 6 Monate vor Wildschweinen sicher geschützt gelagert oder für mindestens 30 Minuten einer Hitzebehandlung bei mindestens 70 °C unterzogen wurde.
14. Wildschweine, frisches Wildschweinefleisch, Wildschweinefleischerzeugnisse sowie tierische Nebenprodukte, die von Wildschweinen aus der Sperrzone II stammen, dürfen aus dieser in andere Gebiete des Inlands oder innergemeinschaftlich nicht verbracht oder ausgeführt werden.
15. Frisches Schweinefleisch und Schweinefleischerzeugnisse sowie alle tierischen Nebenprodukte von in der Sperrzone II gehaltenen Schweinen dürfen aus der Sperrzone II nicht verbracht werden. In begründeten Einzelfällen kann das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt auf schriftlichen Antrag Ausnahmegenehmigungen erteilen.
16. Sperma, Eizellen und Embryonen von Schweinen dürfen aus der Sperrzone II nicht verbracht werden. In begründeten Einzelfällen kann das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt auf schriftlichen Antrag Ausnahmegenehmigungen erteilen.
17. Schweine dürfen weder in einen noch aus einem Betrieb in der Sperrzone II verbracht werden. In begründeten Einzelfällen kann das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt auf schriftlichen Antrag Ausnahmegenehmigungen erteilen.

Auf die §§ 14d-j der Schweinepest-Verordnung wird verwiesen.

II.

Über die gesetzlichen Pflichten hinaus wird für die **Sperrzone II** (gefährdetes Gebiet) Folgendes angeordnet:

1. Personen, Hunde, Fahrzeuge und Gegenstände, die mit Wildschweinen oder Teilen von Wildschweinen in Berührung gekommen sein könnten, sind gemäß **Anlage 2**, die Bestandteil dieser Tierseuchenallgemeinverfügung ist, zu reinigen und zu desinfizieren.
2. Die **Nutzung forstwirtschaftlicher Flächen** unterliegt in der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet), ausgenommen der „Weißen Zone“ und der Kerngebiete, keinen Beschränkungen.
3. a. Die **Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen** unterliegt in der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet), ausgenommen der „Weißen Zone“ und der Kerngebiete, keinen Beschränkungen.

- b. Auf landwirtschaftlich genutzten Flächen oder Brachflächen sind in Absprache mit den Jagdausübungsberechtigten durch den Landwirt gemäß Anlage 3, die Bestandteil dieser Verfügung ist, Jagdschneisen anzulegen.
 - c. Bei Anbau von Sonnenblumen und Mais ist ein Abstand von 5 m vom Wildabwehrzaun einzuhalten.
4. Hunde dürfen in der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet), nicht frei umherlaufen. Es gilt eine strikte Leinenpflicht für Hunde.
 5. Jagdausübungsberechtigte sind verpflichtet, verstärkt nach verendeten Wildschweinen zu suchen und ggf. die Suche durch andere Personen zu dulden und bei dieser mitzuwirken. Von den Jagdausübungsberechtigten zu dulden, sind insbesondere die für die Kadaversuche eingesetzten Suchtrupps und die sie jeweils begleitenden Jäger mit Schusswaffen.
 6. Jedes verendet aufgefundene Wildschwein ist unverzüglich unter Angabe des Fundortes (GPS-Daten) beim zuständigen Veterinäramt anzuzeigen. Die sachgemäße Kennzeichnung, Probenahme, Bergung und unschädliche Beseitigung ist durch geschulte und beauftragte Personen durchzuführen.
 7. Die **Jagd** ist in der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet), ausgenommen der „Weißen Zone“ und der Kerngebiete, auf alle Wildtierarten nach den jagdrechtlichen Vorschriften erlaubt.
 8. **Jagdausübungsberechtigte** haben eine verstärkte Bejagung von Schwarzwild gemäß des in **Anlage 5** dieser Tierseuchenallgemeinverfügung befindlichen Leitfadens des MSGIV zur Reduzierung des Schwarzwildbestandes im Rahmen der ASP-Bekämpfung im Land Brandenburg durchzuführen.

Der Aufbruch jedes erlegten Wildschweines ist über die Tierkörperbeseitigungsfirma SecAnim GmbH unschädlich zu beseitigen. Die unschädliche Beseitigung hat durch Abgabe des Aufbruchs jedes erlegten Wildschweines in hierfür vorgesehene Kadavertonnen an festgelegten Standorten zu erfolgen.

Innerhalb der Sperrzone II ist eine Verwertung gesund erlegter Wildschweine möglich. Die Vermarktungsvoraussetzungen und Vermarktungsbeschränkungen für gesund erlegte Wildschweine gemäß **Anlage 5** dieser Tierseuchenallgemeinverfügung sind zu beachten.

9. Jagdausübungsberechtigte haben jedes erlegte Wildschwein unverzüglich zu kennzeichnen (Wildmarke, Wildursprungsschein) und Proben zur Untersuchung auf Afrikanische Schweinepest zu entnehmen, diese Proben zu kennzeichnen und mit dem Untersuchungsantrag der zuständigen Behörde bzw. den bekannten Stellen zuzuführen.

III.

Für die „**Weißer Zone**“ werden abweichend vom Inhalt der Anordnungen nach B. II., 2., 3.a, 7. und 8. folgende Maßnahmen angeordnet:

1. Die Jagd auf Schwarzwild in der Weißen Zone ist verboten. Zugleich wird die Tötung/Entnahme von Schwarzwild auf Basis des Veterinärrechts angeordnet. Die Entnahme von Schwarzwild ist der unteren Jagdbehörde des Landkreises Märkisch-Oderland (Jagdbehoerde@landkreismol.de oder per Fax an 03346-8506309) unverzüglich anzuzeigen.

In diesem Rahmen haben **Jagdausübungsberechtigte** eine möglichst vollständige Entnahme des Schwarzwildes (Entnahme nach Tierseuchenrecht) vorzunehmen. Diese ist entsprechend dem in **Anlage 5** dieser Tierseuchenallgemeinverfügung beigefügten aktuellen Leitfaden des MSGIV zur Bejagungsstrategie im Rahmen der ASP-Bekämpfung im Land Brandenburg durch

- Fallenfang,
- Einzeljagd,
- Erntejagden sowie
- Bewegungsjagden (letztere nur nach behördlicher Anordnung)

durchzuführen.

Erntejagden sind durch **den Landwirt** nach Abstimmung mit den Jagdausübungsberechtigten mindestens 5 Tage zuvor beim Amt für Landwirtschaft und Umwelt schriftlich anzumelden. Vor Beginn der Jagd ist eine revierbezogene Zaunkontrolle, inklusive Kontrolle der Torschließung, vorzunehmen.

Die Einzel- und Erntejagd auf andere Wildtierarten ist im Übrigen nach jagdrechtlichen Vorschriften **zugelassen**.

Verwertung und Umgang mit Aufbruch hat gemäß **Anlage 5**, die Bestandteil dieser Tierseuchenallgemeinverfügung ist, zu erfolgen.

2. Die **Nutzung landwirtschaftlicher Flächen** hat in Verbindung mit einer Fallwildsuche und zusätzlich für bestimmte landwirtschaftliche Kulturen (Mais, Sonnenblume, Sorghumhirse, Sudangras und Winterraps) gemäß aktuellem Leitfaden des MLUK in **Anlage 3** dieser Tierseuchenallgemeinverfügung zu erfolgen.

Weidehaltungen (andere Tierarten als Schweine) unterliegen keinen Beschränkungen.

Erntejagden sind durch **den Landwirt** nach Abstimmung mit den Jagdausübungsberechtigten mindestens 5 Tage zuvor beim Amt für Landwirtschaft und Umwelt schriftlich anzumelden.

3. Die **Nutzung forstwirtschaftlicher Flächen** ist mit Ausnahme des mechanisierten Holzeinschlages, Rückens und Pflügens gestattet. Mechanisierter Holzeinschlag, mechanisierte Rückung und Pflügen dürfen erst unmittelbar nach abgeschlossener Kadaversuche begonnen werden. Einer separaten Ausnahmegenehmigung bedarf es für die Durchführung diese Tätigkeiten nicht.

IV.

Für **die Kerngebiete** werden zusätzlich und B. IV Ziffer 2. – 5. in Abweichung zum Inhalt der Anordnungen nach B. II Ziffer 2., 3.a, 7. und 8. folgende Maßregeln angeordnet:

1. Das Betreten und Befahren des Waldes und der offenen Landschaft (Felder, Wiesen, Ackerflächen, Bereiche außerhalb geschlossener Ortschaften und Bebauungszusammenhängen) der Kerngebiete ist verboten. Vom Verbot ausgenommen sind:
 - a) das Befahren oder Betreten aufgrund von Gefahr im Verzug,
 - b) Anlieger und ihre Gäste zum Erreichen und Verlassen ihres Grundbesitzes unter Nutzung ausschließlich des direkten Weges,
 - c) Landwirte und ihre Mitarbeiter zur Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen und zum Erreichen dieser,
 - d) vom Veterinäramt beauftragte Personen mit Genehmigung,

- e) Jagdausübungsberechtigte im Rahmen der Entnahme von Schwarzwild nach dem Tierseuchenrecht und der Einzeljagd auf alle anderen jagdbaren Wildtierarten sowie
- f) Angler.

Personen mit unaufschiebbaren Anliegen kann im Einzelfall durch das Veterinäramt des Landkreises eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden. Der Antrag ist formlos schriftlich an das Veterinäramt des Landkreises Märkisch-Oderland oder per E-Mail an veterinaeramt@landkreismol.de zu stellen und hat neben den Adress- und Kontaktdaten des Antragstellers, das amtliche Kennzeichen des Pkw's (sofern genutzt), die Angabe der Lage der Fläche sowie den Befahrungsgrund zu enthalten.

Veranstaltungen, die Flächen des Waldes oder der offenen Landschaft einbeziehen, sind genehmigungspflichtig. Vom Veranstalter ist beim Veterinäramt mindestens 14 Tage vor Veranstaltungsbeginn formlos ein Antrag unter Angabe des Veranstaltungszwecks, -ortes und der zu erwartenden Teilnehmerzahl einzureichen.

- 2. Die Jagd auf Schwarzwild in der Kernzone ist verboten. Zugleich wird die Tötung/Entnahme von Schwarzwild auf Basis des Veterinärrechts angeordnet. In diesem Rahmen haben **Jagdausübungsberechtigte** eine möglichst vollständige Entnahme des Schwarzwildes (Entnahme nach Tierseuchenrecht) vorzunehmen. Die Entnahme von Schwarzwild ist der unteren Jagdbehörde des Landkreises Märkisch-Oderland (Jagdbehoerde@landkreismol.de oder per Fax an 03346-8506309) unverzüglich anzuzeigen. Diese ist entsprechend dem in **Anlage 5** dieser Tierseuchenallgemeinverfügung beigefügten aktuellen Leitfaden des MSGIV zur Bejagungsstrategie im Rahmen der ASP-Bekämpfung im Land Brandenburg durch
 - Fallenfang
 - Einzeljagd
 - Erntejagden sowie
 - Bewegungsjagden (letztere nur nach behördlicher Anordnung)durchzuführen.

Vor Beginn der Jagd ist eine revierbezogene Zaunkontrolle, inklusive einer Kontrolle der Torschließung, vorzunehmen.

Die Einzel- und Erntejagd auf andere Wildtierarten ist im Übrigen nach jagdrechtlichen Vorschriften zugelassen. Bei der Bejagung ist die Beunruhigung des Schwarzwildes auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

Erntejagden sind **durch den Landwirt** nach Abstimmung mit dem Jagdausübungsberechtigten 5 Tage vor Beginn derselben im Amt für Landwirtschaft anzuzeigen.

Der Umgang mit getötetem/entnommenem Schwarzwild hat gemäß **Anlage 5**, die Bestandteil dieser Tierseuchenallgemeinverfügung ist, zu erfolgen.

- 3. Die Ernte landwirtschaftlicher Produkte hat in Verbindung mit einer Fallwildsuche zu erfolgen und ist nur unter den, der **Anlage 4** dieser Tierseuchenallgemeinverfügung zu entnehmenden Auflagen, sowie unter folgenden Einschränkungen zulässig:
 - a) Die Verwendung von Erntegut und daraus gewonnener Produkte aus dem Kerngebiet in Schweinehaltungsbetrieben ist ausgeschlossen, es sei denn, diese unterliegen vorab folgenden Behandlungsverfahren:
 - aa) für Wildschweine unzugängliche Lagerung für mindestens sechs Monate vor Verwendung oder
 - bb) Hitzebehandlung für mindestens 30 Minuten bei 70 °C Kerntemperatur oder

- cc) Trocknung und Hitzebehandlung über 10 Stunden bei 50°C Kerntemperatur und einer zusätzlichen Lagerzeit von mindestens 30 Tagen oder
- dd) im Falle von Maissilage eine für Wildschweine unzugängliche Lagerung für mindestens 30 Tage.

Die Anordnung nach B. I. Ziff. 13. bleibt unberührt.

- b) Die sonstige Verwendung von Erntegut (mit Ausnahme von Gras, Heu und Stroh, welches innerhalb der Kernzone verbleibt und ausschließlich für die Verwendung in Tierhaltungsbetrieben – ausgenommen Schweinehaltungsbetrieben - vorgesehen ist) sowie daraus gewonnener Produkte aus den Kerngebieten ist zulässig, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
 - aa) Anwendung von Ernteverfahren, die eine Aufnahme von Wildschweinkadaverteilen ausschließen (Hochschnitt mind. 40 cm) oder
 - bb) Anwendung eines Behandlungsverfahrens während des Verarbeitungsprozesses nach Ziff. 3.a) aa)-dd), sowie gesonderte Deklaration durch den Landwirt vor dem Inverkehrbringen gemäß **Anlage 4**, die Bestandteil dieser Tierseuchenallgemeinverfügung ist oder
 - cc) im Falle von Getreide eine Trocknung über mindestens zwei Stunden bei Raumtemperatur und Begleitung des so behandelten Erntegutes von einer Deklaration, aus der hervorgeht, dass das Material aus einem ASP-Kerngebiet stammt und dessen Verwendung in Schweinehaltungen ausgeschlossen ist.

Das Verbot wird aufgehoben, sobald es die epidemiologische Lage zulässt.

4. Im Übrigen hat die **Nutzung landwirtschaftlicher Flächen** in Verbindung mit einer Fallwildsuche und zusätzlich für bestimmte landwirtschaftliche Kulturen (Mais, Sonnenblume, Sorghumhirse, Sudangras und Winterraps) gemäß aktuellem Leitfaden des MLUK zur Anlage und Bewirtschaftung in **Anlage 3**, welche Bestandteil dieser Tierseuchenallgemeinverfügung zu erfolgen.

Weidehaltungen (andere Tiere als Schweine) unterliegen keinen Beschränkungen.

Erntejagden sind **durch den Landwirt** nach Abstimmung mit den Jagdäusübungsberechtigten mindestens 5 Tage zuvor beim Amt für Landwirtschaft und Umwelt schriftlich anzumelden und entsprechend den Maßgaben gem. Anlage 5 dieser Tierseuchenallgemeinverfügung durchzuführen.

5. Die **Nutzung forstwirtschaftlicher Flächen** ist mit Ausnahme des mechanisierten Holzeinschlages, Rückens und Pflügens gestattet. Mechanisierter Holzeinschlag, mechanisierte Rückung und Pflügen dürfen erst unmittelbar nach abgeschlossener Kadaversuche begonnen werden. Einer separaten Ausnahmegenehmigung bedarf es für die Durchführung diese Tätigkeiten nicht.

C. Anordnungen für die Sperrzone I (Pufferzone)

1. **Jagdäusübungsberechtigte** sind verpflichtet, verstärkt nach verendeten Wildschweinen zu suchen und ggf. die Suche durch andere Personen zu dulden und bei dieser mitzuwirken. Von den Jagdäusübungsberechtigten zu dulden sind insbesondere die für die Kadaversuche eingesetzten Suchtrupps und die sie jeweils begleitenden Jäger mit Schusswaffen.

2. Jagdausübungsberechtigte haben unter Beachtung der **Anlage 5** dieser Tierseuchenallgemeinverfügung Wildschweine verstärkt zu bejagen.
3. Hunde und Gegenstände, die bei der Jagd verwendet wurden und mit Wildschweinen oder Teilen von Wildschweinen in Berührung gekommen sind, sind gemäß **Anlage 2** dieser Tierseuchenallgemeinverfügung zu reinigen und zu desinfizieren.
4. **Tierhalter** haben:
 - a) dem Veterinäramt unverzüglich die Anzahl der gehaltenen Schweine unter Angabe ihrer Nutzungsart und ihres Standortes anzuzeigen,
 - b) sämtliche Schweine so abzusondern, dass sie nicht mit Wildschweinen in Berührung kommen können,
 - c) geeignete Desinfektionsmöglichkeiten an den Ein- und Ausgängen der Ställe oder sonstiger Standorte einzurichten,
 - d) verendete und erkrankte Schweine, bei denen der Verdacht auf Afrikanische Schweinepest nicht ausgeschlossen werden kann, dem Veterinäramt zu melden und nach näherer Anweisung des Veterinäramtes serologisch oder virologisch auf Afrikanische Schweinepest untersuchen zu lassen,
 - e) Futter, Einstreu und sonstige Gegenstände, mit denen Schweine in Berührung kommen können, für Wildschweine unzugänglich aufzubewahren,
 - f) sicherzustellen, dass Hunde das Betriebsgelände nur unter Aufsicht verlassen.
5. Auf öffentlichen oder privaten Straßen oder Wegen, ausgenommen auf betrieblichen Wegen, dürfen Schweine nicht getrieben werden.
6. Erlegte oder verendet aufgefundene Wildschweine oder deren Teile sowie Gegenstände, mit denen Wildschweine in Berührung gekommen sein können, dürfen nicht in einen Schweinehaltungsbetrieb verbracht werden.
7. Gras, Heu und Stroh, das in der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet) gewonnen worden ist, darf nicht zur Verfütterung an oder als Einstreu oder Beschäftigungsmaterial für Schweine verwendet werden. Dies gilt nicht für Gras, Heu und Stroh, das früher als 6 Monate vor der Festlegung des gefährdeten Gebietes gewonnen worden ist, vor der Verwendung mindestens für 6 Monate vor Wildschweinen sicher geschützt gelagert oder für mindestens 30 Minuten einer Hitzebehandlung bei mindestens 70°C unterzogen wurde.

Anordnungen, die per Gesetz für die Sperrzone I (Pufferzone) gelten:

8. **Jagdausübungsberechtigte** haben jedes verendet aufgefundene Wildschwein unverzüglich
 - a) unter Angabe des Fundortes (GPS-Daten) dem Veterinäramt anzuzeigen,
 - b) zu kennzeichnen (Wildmarke, Wildursprungsschein), Proben zur Untersuchung auf Afrikanische Schweinepest zu entnehmen und die Proben mit Wildursprungsschein und Untersuchungsantrag der zuständigen Behörde bzw. den bekannten Stellen zuzuleiten und
 - c) anschließend unschädlich über die Tierkörperbeseitigungsfirma SecAnim GmbH zu beseitigen.
9. Jagdausübungsberechtigte haben jedes erlegte Wildschwein unverzüglich zu kennzeichnen (Wildmarke, Wildursprungsschein) und Proben zur Untersuchung auf Afrikanische Schweinepest zu entnehmen, diese Proben zu kennzeichnen und mit dem Untersuchungsantrag der zuständigen Behörde bzw. den bekannten Stellen zuzuführen.

10. Der Aufbruch jedes erlegten Wildschweines ist über die Tierkörperbeseitigungsfirma SecAnim GmbH unschädlich zu beseitigen. Die unschädliche Beseitigung hat durch Abgabe des Aufbruchs jedes erlegten Wildschweines in hierfür vorgesehene Kadavertonnen an festgelegten Standorten zu erfolgen.
11. Schweine aus der Sperrzone I (Pufferzone) dürfen aus dieser nicht verbracht werden. Ausgenommen von diesem Verbot ist das innerstaatliche Verbringen der Schweine aus dieser Zone.

D. Übrige Gemarkungen, Gemeinden und Städte des Landkreises MOL außerhalb der festgelegten Restriktionszonen:

1. **Jagdausübungsberechtigte** haben die verstärkte Bejagung von Wildschweinen durchzuführen.
2. **Alle** erlegten Wildschweine außerhalb der ASP-Restriktionsgebiete sind vom Jagdausübungsberechtigten einer virologischen Untersuchung zuzuführen (EDTA-Blut). Die Proben sind mit einem Untersuchungsantrag zu versehen und bei folgenden Kurierstützpunkten der Kreisverwaltung:
 - Seelow, Puschkinplatz 12 oder
 - Bad Freienwalde, Amtsstraße 4 oder
 - Strausberg, Klosterstraße 14bzw. mit der Trichinenprobe den Fleischbeschautierärzten zur Untersuchung auf Afrikanische Schweinepest zuzuleiten.

Nach Veröffentlichung eines negativen Untersuchungsergebnisses auf der Internetseite des Landkreises Märkisch-Oderland wird der Tierkörper vom Veterinäramt zur Verwendung als Lebensmittel freigegeben.

3. Jedes verendet aufgefundene Wildschwein, einschließlich Unfallwild, ist beim Veterinäramt anzuzeigen, durch den Jagdausübungsberechtigten mittels Tupfer zu beproben und diese Probe mit dem vollständig ausgefüllten Untersuchungsantrag und dem Wildursprungsschein bei der zuständigen Behörde bzw. bei den bekannten Stellen abzugeben.

E. Sofortige Vollziehbarkeit

Die sofortige Vollziehung für die Punkte B. I. 1. – 4., 7. – 9., 12. – 17., II. 4., 6., 9. C. 4. a., b., e., f., 5. - 10., D. 2., 3. wird hiermit gem. § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO im öffentlichen Interesse angeordnet. Im Übrigen folgt die sofortige Vollziehung nach § 80 Abs. 2 Nr. 3 VwGO i. V. m. § 37 TierGesG per Gesetz. Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.

F. Inkrafttreten und Befristung

Diese Neufassung der Tierseuchenallgemeinverfügung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft (§ 1 Abs. 1 Satz 1 VwVfGBbg in Verbindung mit § 41 Abs. 4 Satz 4 VwVfG). Sie ist zeitlich befristet auf den 30.11.2021. Gleichzeitig treten die Tierseuchenallgemeinverfügungen vom 18.03.2021 und 28.05.2021 außer Kraft.

G. Weitere Kontaktdaten/Informationen

Jeder Verdacht auf Erkrankung von Schweinen an Afrikanischer Schweinepest (ASP) ist dem Veterinäramt sofort unter: veterinaeramt@landkreismol.de,

Tel.: 03346/850-6969 oder – 6901, FAX: 03346/850-6909 zu melden. Die Hotline des Bürgertelefons für Auskünfte zum Thema ASP erreichen Sie von Montag bis Samstag in der Zeit von 08.00 bis 16.00 Uhr unter 03346/850-6969. Ihre Anfragen können Sie auch per E-Mail an veterinaeramt@landkreismol.de richten.

Die Begründung der Allgemeinverfügung wird auf der Internetseite des Landkreises Märkisch-Oderland unter <https://www.maerkisch-oderland.de> veröffentlicht und liegt zur Einsicht aus im: Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt des Landkreises Märkisch-Oderland, Puschkinplatz 12, 15306 Seelow.

H. Zuwiderhandlungen

Vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen diese Allgemeinverfügung stellen gemäß § 32 Abs. 2 Nr. 3 und 4 TierGesG i. V. m. § 25 Abs. 1 SchwPestV eine Ordnungswidrigkeit dar und können mit einer Geldbuße von bis zu 30.000,00 € geahndet werden.

Rechtsgrundlagen in den jeweils geltenden Fassungen:

- Verordnung (EU) 2016/429
- Delegierte Verordnung (EU) 2020/687
- Durchführungsverordnung (EU) 2021/605
- Gesetz zur Vorbeugung vor und Bekämpfung von Tierseuchen (Tiergesundheitsgesetz – TierGesG)
- Gesetzes zur Ausführung des Tiergesundheitsgesetzes (AGTierGesG)
- Verordnung zum Schutz gegen die Schweinepest und die Afrikanische Schweinepest (Schweinepest-Verordnung)
- Schweinehaltungshygieneverordnung (Schweinehaltungshygiene-VO)
- Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)
- Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)
- § 24 Bundesjagdgesetz (BJagdG)
- Erlass zur Durchführung der Schweinepest-Verordnung – Anordnung von Maßnahmen zur Vorbeugung vor der Einschleppung und zur frühzeitigen Erkennung der Afrikanischen Schweinepest - des MSGIV vom 30.06.2021

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach öffentlicher Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Landrat des Landkreis Märkisch-Oderland, - Der Landrat -, Puschkinplatz 12, 15306 Seelow, schriftlich oder zur Niederschrift, einzulegen. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen. Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die im Internet unter <http://www.maerkischoderland.de/kontakt> aufgeführt sind.

Gernot Schmidt
Landrat

Seelow, den 01.07.2021

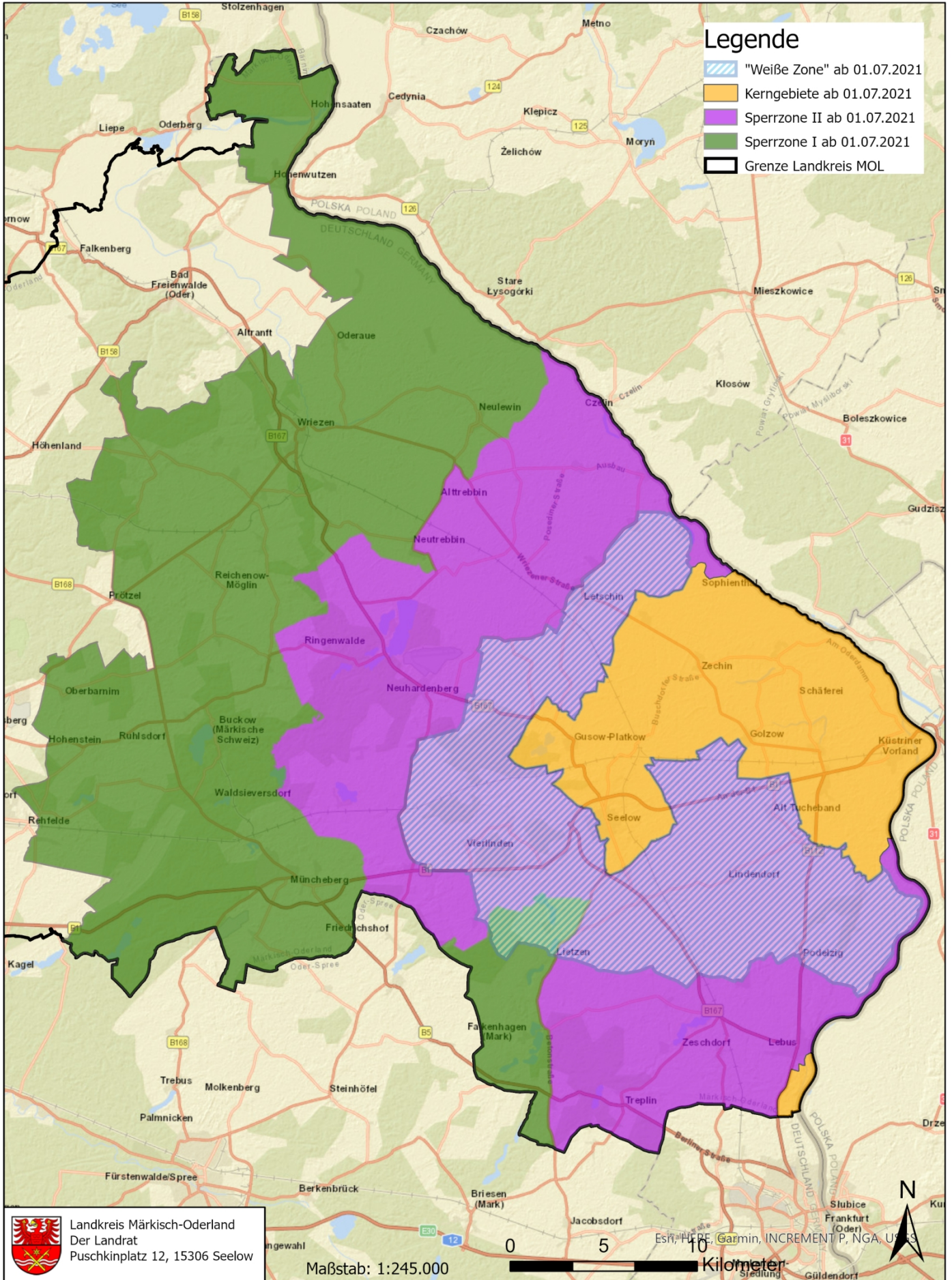
Anlagen:

- Anlage 1 - Karte Restriktionszonen
- Anlage 2 - Merkblatt Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahme nach einem

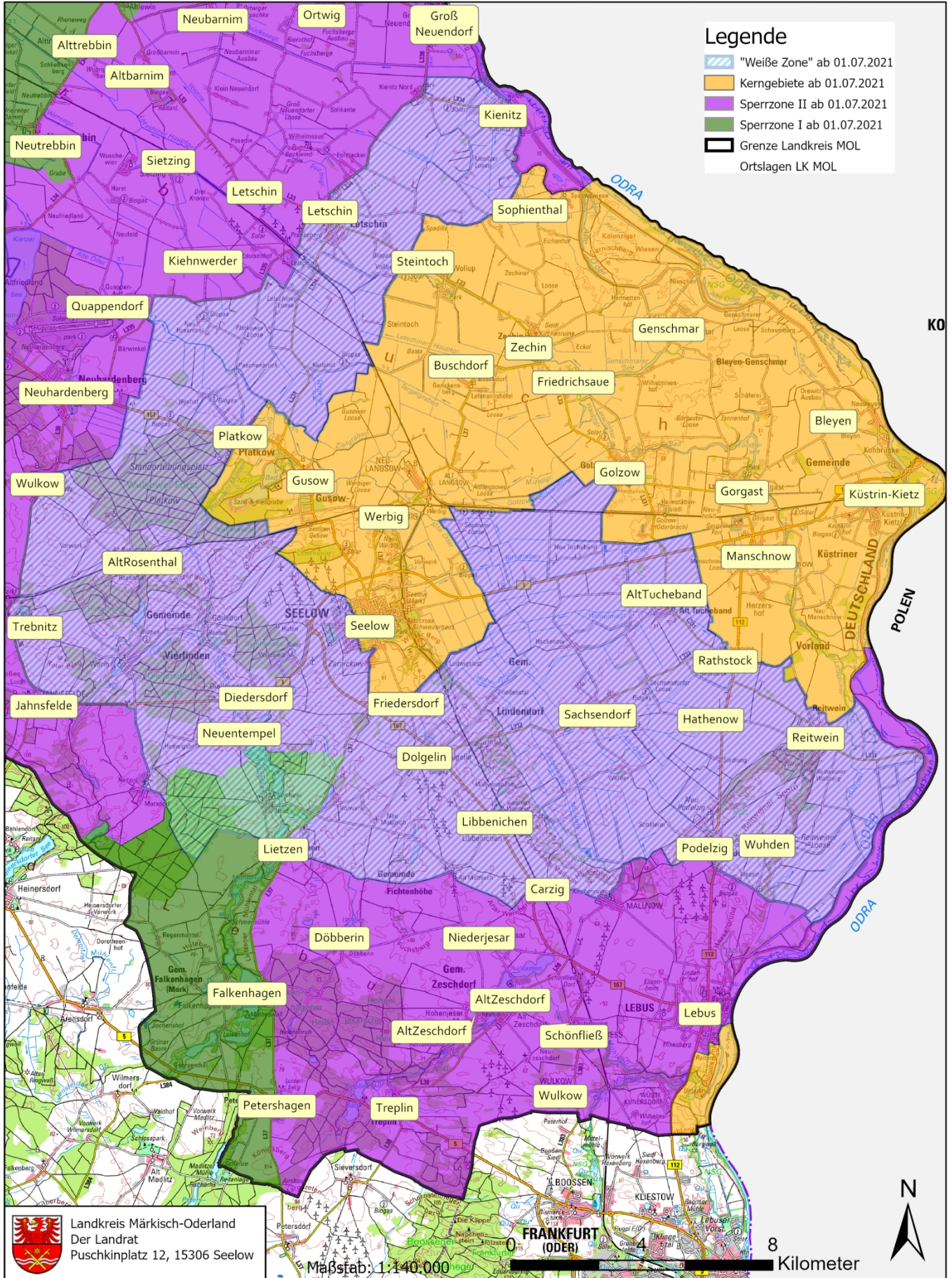
Wildschweinkontakt

- Anlage 3 - Leitfaden des MLUK zu Anbauregelungen/Bejagungsschneisen
- Anlage 4 - Merkblatt zur Ernte landwirtschaftlicher Produkte im Kerngebiet gem. Erlass des MSGV vom 30.06.2021
- Anlage 5 - Leitfaden des MSGIV zur Bejagungsstrategie mit Verwertungsbeschränkungen

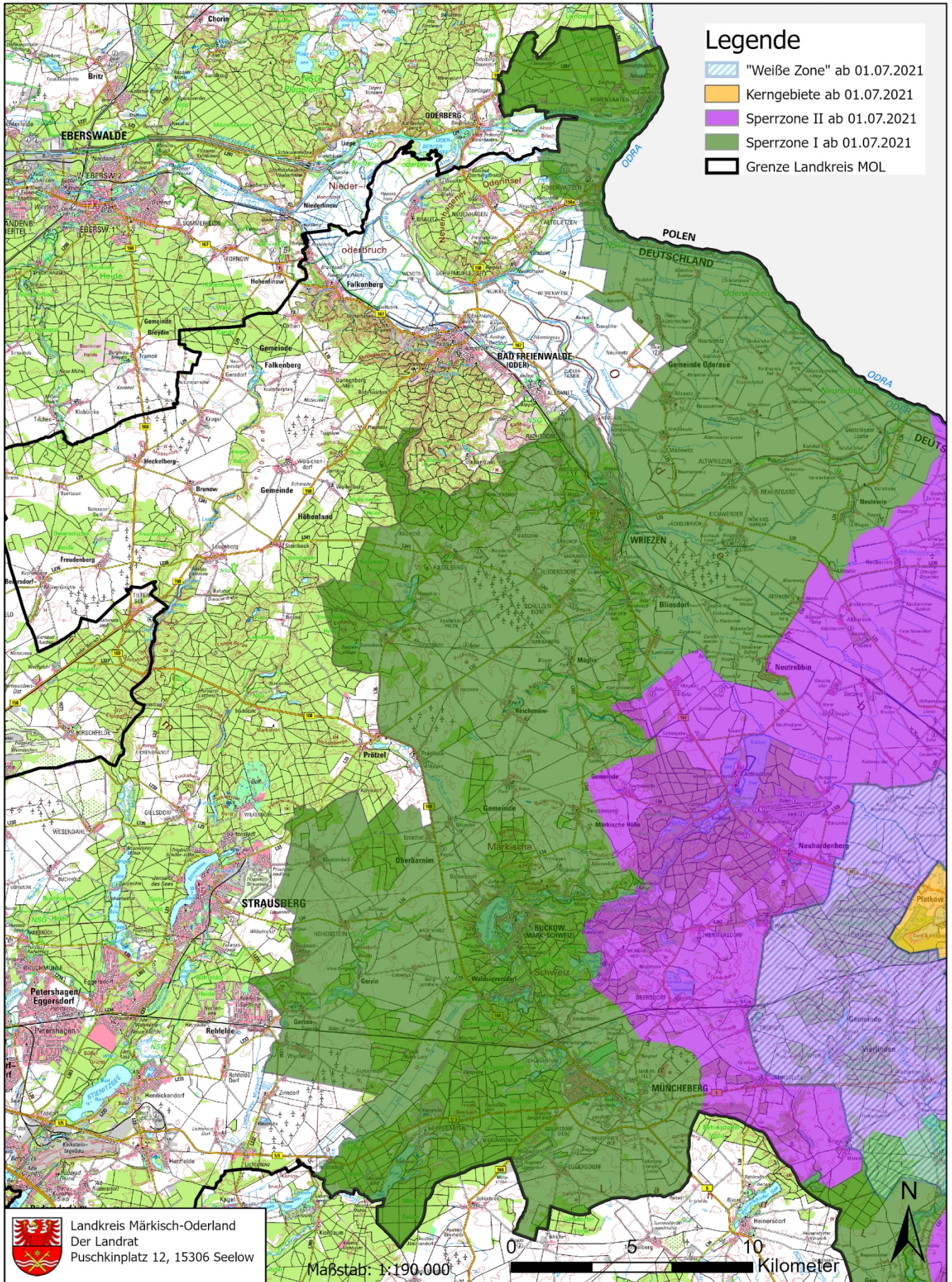
Karte der Restriktionszonen - Anlage 1 zur Allgemeinverfügung Seite 1/3



Karte der Restriktionszonen - Anlage 1 zur Allgemeinverfügung Seite 2/3



Karte der Restriktionszonen - Anlage 1 zur Allgemeinverfügung Seite 3/3



Anlage 2

zur Tierseuchenallgemeinverfügung des Landkreises Märkisch-Oderland

Merkblatt – Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen nach einem Wildschweinkontakt - Afrikanische Schweinepest (ASP)

Ziel der Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen ist es, vorhandene Krankheitserreger möglichst vollständig zu eliminieren, um eine Weiterverbreitung zu verhindern.

Hierzu sind mögliche Erreger von Haut, Kleidung, Haustieren, Fahrzeugen und Gegenständen zu entfernen. Insbesondere soll ein Ausbruch der ASP bei Hausschweinen durch versehentliches Hineintragen des Erregers verhindert werden.

Nach § 14 d Abs. 5 Nr. 2 der Schweinepest-Verordnung haben Personen, die mit Wildschweinen in Berührung gekommen sind, Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen nach näherer Anweisung der zuständigen Behörde durchzuführen.

Maßnahmen:

1. Hände waschen und desinfizieren – nach Möglichkeit noch vor Ort
2. Kleidungswechsel - möglichst noch vor Ort - und anschließend Kleidungswäsche bei 60°C mit Vollwaschmittel
3. Schuhwerk möglichst noch vor Ort wechseln und unverzüglich reinigen – insbesondere Profilsohlen
4. Fahrzeuge und Gegenstände gründlich reinigen – möglichst in geringer Entfernung vom Kontaktort
5. Haustiere (insbesondere Hunde) reinigen.

Die Reinigung kann mit einem handelsüblichen alkoholbasierten Reinigungstuch vor Ort erfolgen. Zur Desinfektion eignen sich gegen behüllte Viren wirksame Präparate (in Apotheken erhältlich) oder heißes Wasserbad über 70°C für 10 Minuten.

Weitere vorbeugende Maßnahmen:

1. Betretungsverbot innerhalb der festgelegten Kerngebiete für Wälder und offene Landschaften
2. Festgelegte Sperrzone II - gefährdetes Gebiet, in denen sich Wildschweine aufhalten bzw. aufhalten könnten nur betreten, wenn es unbedingt notwendig ist, danach Kontakt zu Hausschweinen vermeiden (mindestens 48 Stunden)
3. Kontakt zu kranken oder verendeten Wildschweinen meiden
4. Tierische Lebensmittel (z. B. Wurstbrote) nicht im Wald oder in offener Landschaft entsorgen.

Dieses Merkblatt dient als Hinweis zur erforderlichen Reinigung und Desinfektion sowie weiteren Maßnahmen. Die gesetzlichen Vorschriften sind zusätzlich zu beachten. Das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt des Landkreises Märkisch-Oderland steht für weitere Auskünfte unter Tel.: 03346/8056969, E-Mail: veterinaeramt@landkreismol.de zur Verfügung.

Anlage 3

zur Tierseuchenallgemeinverfügung des Landkreises Märkisch-Oderland

Stand: 15.02.2021

Leitfaden des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg zu Anbauregelungen/Bejagungsschneisen auf Grund ASP-Seuchenbekämpfung

Geltungsbereich

Diese Anbauregelungen gelten für Flächen die in fest abgegrenzten (eingezäunten) Kernzonen und weißen Zonen der ASP Restriktionszonen liegen.

Ziele der Anbauregelungen

Mit den Anbauregelungen wird das Ziel verfolgt die Seuchenbekämpfung ohne große Einschränkungen der landwirtschaftlichen Nutzung vornehmen zu können. Dies gelingt nur bei einem Miteinander von Landwirten, Grundstückseigentümern und Jägern.

Die Sicherung der Futtermittelversorgung in den Kerngebieten und weißen Zonen soll weitestgehend sichergestellt werden.

Anbauregelungen

Vorzugsweise sind durch die Unternehmen die Ökologischen Vorrangflächen wie z.B. Brache in die weißen Zonen zu legen, um eine sichere Entnahme von Wildschweinen vornehmen zu können.

Soweit es die betrieblichen Voraussetzungen ermöglichen, sollte der Maisanbau verstärkt auf Flächen außerhalb der Kernzone verlagert werden und dafür innerhalb der Kernzone Sommergetreide oder Körnerleguminosen bzw. niedrig wachsende Kulturen angebaut werden.

Gegebenenfalls kann auf den Anbau von Sorghumhirse zur Biogasnutzung ausgewichen werden. Darüber hinaus sollte für die Rohstoffversorgung von Biogasanlagen auf alternative Substrate wie z.B. Gülle, Festmist, ggf. Grünlandaufwuchs zurückgegriffen werden. GPS-Getreide (Wintergetreide) kann in begrenztem Maße Mais ergänzen bzw. ersetzen.

Für die Kulturen Mais, Sonnenblume, Sorghumhirse, Sudangras und Winterraps gilt, dass ab einer Größe von 10 ha Bejagungsschneisen anzulegen sind, um eine höhere Entnahme der Wildschweine in den genannten Gebieten sicher zu stellen und dem Einstand von Wildschweinen auf nicht überschaubaren Flächen entgegen zu wirken. Soweit Flächen bereits im Vorjahr bestellt wurden, sind die Jagdschneisen in Abstimmung mit dem zuständigen Jagdausübungsberechtigten in den wachsenden Bestand einzubringen.

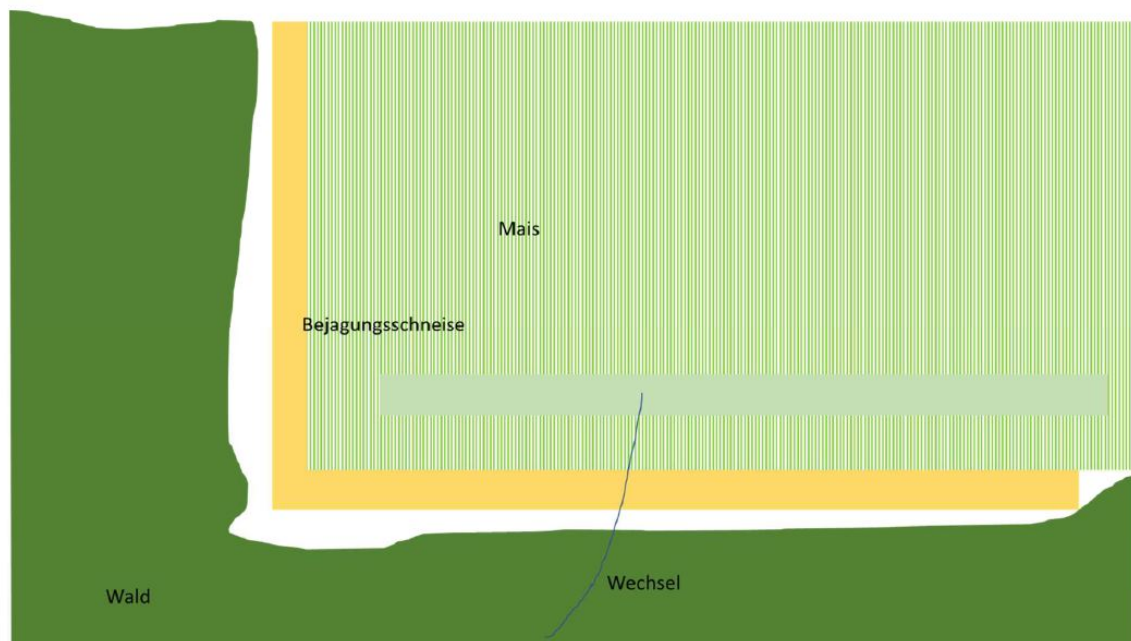
Alternativ kann durch eine blockweise Ernte (einmähen von drei Schneisen in den Schlag, um einen Wildwechsel durch einen gesamten Schlag zu vermeiden) die zielgerichtete Bejagung gewährleistet werden. Die Ernte hat darüber hinaus nur bei natürlichem Licht stattzufinden. Bei der Einrichtung der Schneisen ist das natürliche Wechselverhalten der Wildschweine im Hinblick auf die Erntezeitpunkte der Kulturen und von Schwarzwild bevorzugte Einständen zu berücksichtigen. Hierzu hat eine enge Absprache mit den Jagdausübungsberechtigten zu erfolgen.

Das Ziel einer maximal wirksamen Bejagung von Schwarzwild bei Ermöglichung landwirtschaftlicher Nutzung der Flächen soll durch die Anlage von Bejagungsschneisen erreicht werden. Grundlage bilden die Ergebnisse der BMEL Publikation "Schwarzwildbewirtschaftung in der Agrarlandschaft"

<https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Schwarzwildbewirtschaftung.pdf>

Eine Bejagungsschneise erfüllt folgende Anforderungen:

1. Anlage bei der Einsaat durch Auslassen von Saatlegung (außer bei AGZ, AUKM und Öko s.u.)
2. Duldung von auflaufender Begrünung der Schneise
3. Abstand mind. 30 bis max. 50 Meter vom Rand der Kultur
4. Vorzugsweise Anlage 90° zur Saatreihe
5. Breite mind. 15 m, maximal 25 m
6. Schneise nach 4 Seiten durch Kultur begrenzt
7. Anbindung der Schneisen an Hauptwechsel und vom Schwarzwild bevorzugte Strukturen



Zur Begründung: Schneisen, die nach diesen Kriterien angelegt wurden, haben sich im BMEL-Forschungsvorhaben „Schwarzwildbewirtschaftung in der Agrarlandschaft“ als für die Erlegung von Schwarzwild maximal fördernd erwiesen. Durch Anlage bereits bei der Aussaat wird die Schneise als Habitatstruktur wahrgenommen. Durch die Begrenzung nach allen Seiten und in der Breite wird diese als Schutzraum erkannt. Die Anlage 90° zur Saatreihe erleichtern den Zugang, die Duldung auflaufender Begrünung trägt zum Sicherheitsgefühl bei und erhöht den Nahrungswert der Schneise. Der Abstand von 30 bis 50 Meter von der Bestandeskante entspricht wissenschaftlichen Erkenntnissen zur bevorzugten Nutzungstiefe landwirtschaftlicher Strukturen an Waldrändern (Thjurfell et al. 2009). Die in Abstimmung mit der örtlichen Jägerschaft erfolgende Anbindung der Schneisen an Hauptwechsel und vom Schwarzwild bevorzugte Strukturen trägt maßgeblich zur Effektivität der Bejagungsschneisen bei. Hierbei stehen die Funktionalität und die Kombination unterschiedlicher ackerbaulicher und jagdlicher Strategien im Fokus um für alle Beteiligten ökonomisch vorteilhafte Lösungen bei der Reduzierung der Schwarzwildpopulation und bei der Kadaversuche zu finden.

Zusätzlich zu den Bejagungsschneisen ist um den Schlag eine umlaufende Schneise von min. 20 m Breite freizuhalten. Diese dient neben der Erlegung von Schwarzwild der Errichtung mobiler Anlagen (z.B. Zäune während einer Erntejagd) zur Unterstützung der Entnahme von Schwarzwild.

Schneisen vom Einstand des Schwarzwildes (z.B. Wald, Schilf etc.) zum Feld und zu Bachläufen und Gewässern sind ebenfalls anzulegen.

Mit der Angabe von Spannweiten bei der Breite der Schneisen wird den LandwirtInnen ein Spielraum eingeräumt diese den örtlichen Begebenheiten und der verfügbaren Technik anzupassen, ohne deren Wirksamkeit für die Entnahme von Schwarzwild zu mindern.

Zur Sicherung der Agrarförderung sind nachstehende Hinweise zu beachten:

- Auf einigen Ackerflächen besteht die Möglichkeit, Blüh- und/oder Bejagungsschneisen anzulegen (siehe Nutzcodeliste im Agrarförderantrag). Die Fläche muss mit der Bindung „BJS“ gekennzeichnet werden. Zu beachten ist, dass die Schneise:
 - zur Hauptkultur zählt, (bei der ADV zur jeweiligen Hauptkultur dazugerechnet wird),
 - nur einen deutlich untergeordneten Anteil am Schlag einnimmt,
 - jährlich abgeerntet oder gepflegt werden muss (Mindesttätigkeit),
 - keine exakte Festschreibung der Breite hat, aber 2 bis 3 Arbeitsbreiten als ortsüblich anerkannt werden,
 - am Außenrand und/oder innerhalb eines Schrages liegen darf,
 - gezielt begrünt, der Selbstbegrünung überlassen oder auch (nach dem 15.05.) gemulcht/gemäht werden kann.

Zahlung KULAP, AGZ sowie Natura 2000-Richtlinie und Bejagungsschneisen

- Ackerparzellen mit der Kennzeichnung „BJS“ sind in den Förderprogrammen Ökologischer Landbau (FP 880) mit den Bindungen 881 und 883, Natura 2000-Richtlinie (FP 50) mit den Bindungen 51Z, 52Z und 53Z sowie Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten (AGZ/FP3315) mit der Bindung 33 förderfähig, wenn nach erfolgter Bestellung der Kultur eine frühzeitige Beseitigung/Ernte des Bestandes auf der Schneise vorgenommen wird.
- Nicht förderfähig sind Ackerparzellen mit Bejagungsschneisen, die im Förderprogramm Erhaltung pflanzengenetischer Ressourcen (FP 860/Bindungen 861, 861a) verpflichtet sind.

Anlage 4

Hinweise zur Ernte landwirtschaftlicher Produkte im Kerngebiet

In Verbindung mit den unter B.IV. Pkt. 3 der Allgemeinverfügung dargestellten Maßregeln, die sich auf den Erlass des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg vom 22. Juni 2021 zur Anordnung von Nutzungsverböten und -beschränkungen nach § 14d Abs. 5a Nr. 1 der Schweinepest-Verordnung (Änderung vom 30.06.2021) beziehen, sind folgende weitere Auflagen zu beachten:

Es ist sicherzustellen, dass die Ernteprodukte nicht mit dem ASP Virus kontaminiert werden und ausgeschlossen wird, dass die Ernteprodukte aus dem Kerngebiet in die Schweinehaltung gelangen.

Dazu :

- Wenn möglich **sind Ernteverfahren** zu wählen, die die Aufnahme von Wildschweinkadavern ausschließen (40 cm Schnitthöhe).
- **Hat die Ernte in Verbindung mit einer Fallwildsuche zu erfolgen** (die Fahrer und auch Lohnunternehmen sind über die erhöhte Aufmerksamkeit in Bezug auf Fallwild zu belehren, ein vorheriger Drohnenflug kann Hinweise auf eventuell vorhandenes Schwarzwild geben).
- Für den Fall der Abgabe: hat eine Getreidetrocknung über mindestens zwei Stunden bei Raumtemperatur und der **Deklaration**, dass die **Ware aus dem Kerngebiet** stammt und dessen Verwendung in der Schweineproduktion ausgeschlossen ist, zu erfolgen.
- Diese **Deklaration** muss Folgendes beinhalten:

Die Ware stammt aus einem ASP-Kerngebiet

keine Verwendung in der Schweinehaltung

Unternehmen:

Datum:

Kultur:

Gemarkung:

Parzelle:

Unterschrift

- hat der **Transport** der Ernteprodukte mit Abdeckung zu erfolgen,
- Die Ausbringung von Gärresten ist nach Inaktivierung eventueller ASP-Viren möglich.
Wird erreicht: thermophil 50-60 Grad über mehrere Stunden oder
mesophil 30-35 Grad mehrere Tage

Soll der Einsatz doch in der Schweinehaltung erfolgen, sind die Maßnahmen nach **B.IV. Punkt 3. a)** der Allgemeinverfügung einzuhalten.

Bei Feststellung einer Kontamination während der Ernte:

- Sofortiger Erntestopp
- Meldung an das Veterinäramt, dieses legt weitere Maßnahmen fest

Anlage 5

zur Tierseuchenallgemeinverfügung des Landkreises Märkisch-Oderland vom 30.06. 2021

Leitfaden des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) zur Bejagungsstrategie im Rahmen der ASP-Bekämpfung im Land Brandenburg

Nach § 24 des Bundesjagdgesetzes erlässt beim Auftreten einer Tierseuche im Wildbestand die für die Tierseuchenbekämpfung zuständige Behörde die erforderlichen Anweisungen zur Bekämpfung der Seuche. Diese Anweisungen erfolgen somit auf der Grundlage des Tiergesundheitsgesetzes in Verbindung mit der Schweinepest-Verordnung.

Die in der Bejagungsstrategie benannten Maßnahmen stellen keine Jagdausübung im Sinne des Bundesjagdgesetzes dar.

Voraussetzung für die Durchführung der Maßnahmen ist die vollständige Eingrenzung der Seuchengeschehen durch die Einrichtung „Weißer Zonen“ mittels doppelten festen Zäunen um die Kerngebiete.

Ziel der Maßnahmen ist eine möglichst vollständige Entnahme des Schwarzwildes in den festgelegten Kerngebieten und Weißen Zonen, so dass Infektionsketten abreißen und eine Tilgung der ASP möglich wird.

In den einzelnen Restriktionszonen sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

Kerngebiet/ Weiße Zone:

Die Bejagung der Weißen Zone hat oberste Priorität. In der Weißen Zone findet eine Tötung/Entnahme von Schwarzwild auf Basis des Veterinärrechts statt und wird mit jagdlichen Mitteln vollzogen.

In der Weißen Zone sind folgende Bejagungsformen zulässig:

- Fallenjagd bei nachgewiesener Sachkunde,
- Einzeljagd, vorrangig auf Bachen, in einem ausreichenden Abstand zu Fallenstandorten
- Bewegungsjagden/Erntejagden nach behördlicher Anordnung mit Festlegung der Einstandsgebiete und Art, Umfang und Durchführung.

Die Einzeljagd sollte vorrangig als Nachtpirsch mit Nachtzielgeräten durchgeführt werden. Bei der Bejagung ist die Beunruhigung des Wildes auf ein Mindestmaß zu begrenzen. So weit wie möglich sind Schalldämpfer einzusetzen.

Bewegungsjagden sind gezielt und möglichst kleinräumig auf Flächen zu begrenzen, auf denen Fallenfang oder Einzeljagd nicht effektiv durchführbar sind. Bei Bewegungsjagden ist ein Abstand vom Zaun von ca. 1 km einzuhalten. Die jagdlichen Maßnahmen sind durch regelmäßige Fallwildsuche und revierbezogene Zaunkontrolle/Torschließung zu begleiten.

Die Jagd auf alle anderen Wildarten nach jagdrechtlichen Vorschriften ist zulässig. Die Jagdhundausbildung ist nicht zulässig.

Vor Beginn jagdlicher Maßnahmen sind vorbereitende Schulungen von allen beteiligten Jägern bezüglich Seuchenschutz-/Hygienemaßnahmen wahrzunehmen.

Anordnung zur Behandlung von erlegtem Schwarzwild in der Weißen Zone:

- Meldung des Erlegungsortes mit GPS-Koordinaten an das Veterinäramt;
- Abtransport von Schwarzwild in auslaufsicheren Behältnissen zur Kadaversammelstelle

- oder Wildsammelstelle;
- erforderliche Nachsuchen nur durch vorgesehene Nachsuchengespanne ohne Kontakt zum erlegten Schwarzwild;
- Jagdhundekontakt mit Schwarzwild ist zu vermeiden;
- Hygienevorschriften zur Desinfektion von Schuhwerk, Jagdhunde und Fahrzeug sind Einzuhalten;
- Probenahme durch den Jagdausübungsberechtigten nach vorgeschriebenem Muster;
- Im Falle einer beabsichtigten Wildbret-Verwertung ist der Aufbruch der Wildsammelstelle zuzuführen;
- im Falle von virologisch oder serologisch ASP-positiv getesteten Wildschweinen in einer Wildsammelstelle ist das gesamte dort vorhandene Wildbret unschädlich zu beseitigen;
- Die Wildbretverwertung ist ausschließlich innerhalb des gefährdeten Gebietes zulässig.

Anordnung zur Behandlung von erlegten Schwarzwild im Kerngebiet:

- Meldung des Erlegungsortes mit GPS-Koordinaten an die Behörde;
- erforderliche Nachsuchen nur durch vorgesehene Nachsuchengespanne ohne Kontakt zu erlegtem Schwarzwild;
- Einhaltung strikter Hygienevorschriften zur Desinfektion von Schuhwerk, Jagdhunde und Fahrzeug;

Restriktionsgebiete außerhalb der Weißen Zone (Sperrzone I – Pufferzone und Sperrzone II – gefährdetes Gebiet):

Hier ist die verstärkte Bejagung auf Schwarzwild erforderlich, die Jagd auf andere Tierarten ist zulässig. Die Vermarktungsvoraussetzungen und -beschränkungen für gesund erlegte Wildschweine sind zu beachten.

Anordnung zur Behandlung von erlegtem Schwarzwild:

- Abtransport von Schwarzwild in auslaufsicheren Behältnissen;
- erforderliche Nachsuchen sind gestattet;
- Jagdhundekontakt mit Schwarzwild ist zu vermeiden;
- Hygienevorschriften zur Desinfektion von Schuhwerk, Jagdhunde und Fahrzeug;
- Probenahme nach vorgeschriebenem Muster durch den jagdausübungsberechtigten;
- unschädliche Beseitigung von Aufbruch, Schwarten und Wildbret-Resten;
- Wildbretverwertung nach negativer Beprobung wie folgt möglich:
 - . im Falle der Erlegung in der Sperrzone II – gefährdetes Gebiet: nur in Sperrzone II
 - . im Falle der Erlegung in der Sperrzone I – Pufferzone: im Inland möglich;
 - . nicht vermarktungsfähiges Schwarzwild kann an den Annahmestellen des Landkreises geliefert werden.

Mitteilung über den Verlust eines Dienstausweises

Nachstehender Dienstausweis wird mit sofortiger Wirkung für ungültig erklärt:

Name, Vorname: Krüger, Jörg

Dienstausweis-Nr.: 1832

Amt: Jugendamt

G. Schmidt
Landrat

Seelow, 22.06.2021

Impressum

Herausgeber: Landkreis Märkisch-Oderland
Der Landrat
Redaktion: Pressesprecher
Puschkinplatz 12
15306 Seelow
Tel.: 03346 850-6005
Fax: 03346 420
E-Mail: pressesprecher@landkreismol.de

Bezugsmöglichkeiten und -bedingungen:

Das Amtsblatt für den Landkreis Märkisch-Oderland erscheint nach Bedarf. Es kann im Büro des Landrates, 15306 Seelow, Puschkinplatz 12, bezogen werden. Bei Selbstabholung wird das Amtsblatt kostenfrei abgegeben; bei postalischem Bezug sind die Versandkosten zu erstatten. Das Amtsblatt steht außerdem zum kostenlosen Herunterladen und Ausdrucken im Internet unter der Adresse www.maerkisch-oderland.de zur Verfügung.